

„Wenn du's willst, mach's doch!“

Der Historiker Arnulf Baring über die Ära Brandt/Scheel (II) – Mißtrauensvotum und Brandts Abstieg



Verlierer Barzel, Sieger Brandt nach dem Mißtrauensvotum 1972*: „Ein wohlberechneter Plan war gescheitert“

Die Koalition verließ sich natürlich nicht allein auf ihren taktischen Scharfsinn. Bis zur letzten Minute versuchte sie, ihre Weggelaufenen doch noch umzustimmen, die Wankelmütigen wieder zu stabilisieren. Man suchte ihnen durch gutes Zureden und politisches oder finanzielles Entgegenkommen den Heimweg zu ebnen, das Vertrauen in die sozialliberale Sache neu zu begründen.

Am 24. April 1972, dem Tage nach seinem Austritt aus der Partei, traf Wilhelm Helms in Bremen, also nicht weit weserabwärts von Hoya, mit dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und mit Landwirtschaftsminister Ertl in Genschers Anwaltsbüro zusammen. Helms versprach den beiden, für die Ostverträge zu stimmen, wenn deren Überprüfung weiterhin positiv verlaufe. Das war nichts Neues. Er hatte nichts gegen diese Verträge, im Gegenteil. Ihm ging es um die Regierung. Sie wollte er zu Fall bringen, nicht die Ostpolitik. Seine Zusage, für die Vertragswerke einzutreten, bot deshalb für die Koalition nur geringen Trost.

Kienbaum und Kühlmann-Stumm suchte man in der Sache entgegenzukommen. Kienbaum hatte der Regierung eine von Anbeginn an unseriöse Wirtschaftspolitik vorgeworfen. In der Fraktion und in Unterredungen mit dem Wirtschafts- und Finanzminister wie auch mit dem Bundeskanzler persönlich waren von ihm „größte Bedenken gegen den Bundeshaushalt 1972 mit seinen inflationistischen Tendenzen“ geäußert worden.

* Im Bundestag am 27. April.
© Deutsche Verlagsanstalt

Als er aber am 25. April 1972 in der FDP-Fraktionssitzung gedrängt wurde, seine Vorstellungen zu präzisieren, genaue Zahlen zu nennen, forderte er die Streichung von rund einer Milliarde Mark, um den Haushalt 1972 stabilitätsgerechter zu gestalten. Daraufhin handelte man sofort. Noch am selben Abend setzten sich Spitzenpolitiker aus den beiden Koalitionsparteien im Kanzlerbungalow zusammen, um über die Kienbaum-Forderung zu beraten; Experten der FDP fuhren ins Bundesfinanzministerium, um dort die erzielten Kompromisse fachlich abzusichern.

Am nächsten Morgen wurde die während der Nacht gefundene Lösung in einem Ministergespräch unter dem Vorsitz des Regierungschefs gutgeheißen. Um sicher zu gehen, bot man Kienbaum zusätzlich an, die wirtschaftlichen Passagen der Etatrede des Bundeskanzlers persönlich zu redigieren. Mehr konnte man, fand man, für den Augenblick nicht tun. Aber würde es genügen?

Um die Ostpolitik ging es beim Versuch der Missionierung, der Rückbekehrung Kühlmann-Stumms. Hans-Dietrich Genscher konzipierte für das Ratifizierungsverfahren der Ostverträge einen Entschließungsantrag, in dem der Bundestag seiner Überzeugung Ausdruck geben sollte, das Vertragswerk sei nur aus sich selbst heraus zu verstehen, nicht aus Protokollen oder sonstigen Zusatzpapieren zu interpretieren.

Am späten Mittwohabend – es war der 26. April, also die Nacht vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum –, zur gleichen Zeit, als Walter Scheel und Wolfgang Mischnick noch einmal

Gerhard Kienbaum heftig zuredeten, bemühte sich Genscher zusammen mit Josef Ertl, Kühlmann-Stumm von der Tragfähigkeit seines Entschließungsantrages zu überzeugen und damit die Zustimmung Kühlmanns zu den Ostverträgen und zur Politik der Bundesregierung zu sichern. Anschließend wurde Kühlmann zu später Stunde auch noch von Willy Brandt im Palais Schaumburg empfangen.

Dort konfrontierte Kühlmann die Regierung jedoch mit einer neuen Forderung, die in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht mehr zu erfüllen war: Dieser Entschließungsantrag müsse von allen drei Bundestagsfraktionen gemeinsam getragen und den Russen notifiziert werden. Damit nun brachte Kühlmann-Stumm die Regierung in eine ausweglose Situation; denn wie um alles in der Welt sollte sie das bewerkstelligen!

Selbst wenn die Sowjets kooperativ wären – die Union war es sicherlich nicht: Sie hätte zweifellos der Entschließung ihre Zustimmung verweigert. Deshalb sollte sie sich auch anders verhalten? Mühevoll genug hatte sie die Regierung ausmanövriert, war nur Meter für Meter, Mann für Mann über Jahr und Tag vorangekommen. Jetzt war die Macht zum Greifen nahe, Barzels Kanzlerschaft in Reichweite gerückt. Nein, nichts und niemand konnte die Opposition von ihrem Weg abbringen, ehe sie am Ziele war.

Die schüchterne Zuversicht der Koalition verflög, ihre neu aufgeflackerte Hoffnung verdorrte. Enttäuschung und Mutlosigkeit machten sich breit. Falls außer Helms und Kienbaum nun auch

Kühlmann-Stumm für den Mißtrauensantrag stimmte, war der Erfolg für Barzel so gut wie sicher, das Scheitern der Sozialliberalen kaum noch abzuwenden.

Obendrein bröckelte es nicht nur in der FDP immer weiter. Auch in der SPD war der Erosionsprozeß noch nicht zum Stillstand gekommen; die Sozialdemokraten hatten ihrerseits Probleme mit dem inneren Zusammenhalt ihrer Fraktion. Der Abgeordnete Günther Müller aus München, seit 1965 im Bundestag, war zu Anfang der siebziger Jahre ein Opfer des Linksrutsches im SPD-Unterbezirk München geworden. Verbittert erklärte er am 20. April 1972 der Münchner „Abendzeitung“, überzeugte Anhänger der sozialdemokratischen Volkspartei im Sinne des Godesberger Programms hätten in der Münchner SPD

der FDP, zu seiner womöglich letzten Sitzung vor dem Sturz des Kanzlers zusammentrat, unterhielt man sich anfangs zerstreut über Personalien, auch über die Termine der nächsten Kabinettsitzungen und ähnliches – über „Quisquillen“, wie Staatssekretär Dietrich Spangenberg dem Bundespräsidenten berichtete.

Tatsächlich beschäftigten sich alle insgeheim mit der Frage, wie es wohl wirklich mit der eigenen Mehrheit stehe. Helms hatte man endgültig abgeschrieben. Von Müller, dem man ja ein sicheres Mandat angetragen hatte, erwartete man jedoch, daß er für Brandt stimmen werde. Damit hing das Ergebnis des nächsten Tages von Kienbaum und Kühlmann-Stumm ab. Ganz sicher war immer noch nicht, wie sie sich am Ende entscheiden würden – so redete

und Mut vor den früheren Freunden bewiesen; denn sie hätten ja durchaus auch weiter schweigen können.

Am traurigen Ergebnis änderte der Respekt der anderen vor ihrer Haltung freilich nichts. Mit großer Niedergeschlagenheit verließen die FDP-Abgeordneten das Sitzungszimmer. Das Schicksal der Koalition und ihrer Regierung war nach menschlichem Ermessen besiegelt. Walter Scheel informierte sogleich Willy Brandt, der im Plenarsaal des Bundestages bereits auf der Regierungsbank Platz genommen hatte: Man habe die Mehrheit verloren.

Scheel war tief deprimiert. Schon am Abend vorher war er in Untergangsstimmung verfallen. So hatte ihn seine Umgebung noch nie erlebt. Gemeinsam hatte man im AA gesessen und überlegt,



Koalitionsabweichler Kienbaum (l., mit Ertl)*, Günther Müller: Versprechen für Wohlerverhalten

keine Chance und keinen Einfluß mehr. Es sei unmöglich geworden, bei der bevorstehenden Kommunalwahl vom 11. Juni einfach SPD zu wählen.

Die Bonner SPD beobachtete die Entwicklung um Müller (wie die Münchner SPD insgesamt) mit wachsender Sorge. Die Eskalation seines Konflikts mit der eigenen Partei so kurz vor entscheidenden Abstimmungen im Bundestag schien ihr sehr bedrohlich. Da Müller offensichtlich zu den unsicheren Kantönisten gezählt werden mußte, machte die SPD in aller Eile noch am 26. April 1972 den sicheren Wahlkreis Nürnberg-Süd, in dem bisher Käte Strobel gefochten und gesiegt hatte, für Günther Müller frei.

Im Kabinett, das an diesem 26. April nachmittags für zwanzig Minuten im Bundeshaus, und zwar im Fraktionssaal

man sich bei den Sozialliberalen jedenfalls ein.

Wie ihr Votum ausfallen würde, konnte endgültig erst in der Frühe des 27. April klarwerden. Denn beide waren zwar seit einiger Zeit erklärte Brandt-Gegner, beide waren aber doch immer noch Mitglieder der Freien Demokratischen Partei und der FDP-Fraktion des Bundestages. Auf sie konzentrierte sich daher jetzt alles, von allen Seiten. In letzter Stunde, am Morgen des Mißtrauensvotums, versuchte man in einer FDP-Fraktionssitzung im Saal 216 a des Bundeshauses noch ein letztes Mal, sie zurückzugewinnen.

Doch als der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick um 9.15 Uhr seinen Kollegen die Frage stellte, wie sie abstimmen würden, bekannte Kühlmann-Stumm sofort, sich für Barzel entschieden zu haben. Eine halbe Stunde später erklärte sich auch Kienbaum – ebenfalls für Barzel. Beide hatten mit ihrem Bekenntnis menschlichen Anstand

was noch für den Fall zu regeln war, daß es schiefgehe, welche Akten man mitnehmen wolle, welche vernichtet werden müßten. Scheel hatte apathisch dabeigesessen und verbittert sein Scheitern konstatiert: Es sei aus. Mit solchen Leuten, den Abtrünnigen der eigenen Partei, sei es eben nicht zu schaffen . . .

Auch er legte Barzels Zahlen zugrunde. Als er von der Fraktionssitzung direkt ins Plenum ging, hielt er es für selbstverständlich, daß Barzel die Mehrheit habe. Was er dachte, wie es um ihn in diesem Augenblick stand, merkten seine engsten Mitarbeiter daran, daß er dort die Rede halten wollte – und hielt –, die ihm Karl-Hermann Flach, der FDP-Generalsekretär, entworfen hatte. (Er hatte einen zweiten, optimistischeren Entwurf bei sich für den Fall, daß sich in letzter Minute doch noch alles zum Guten wenden würde.)

Auch die Union fühlte sich an diesem Tage unter starkem Druck. In vielen

* In der FDP-Fraktionssitzung am 2. Mai 1972 kurz vor der Niederlegung seines Mandats.

Orten der Bundesrepublik hatten Betriebsräte, Bürgerinitiativen und lokale Organisationen von SPD und FDP, Gewerkschaftsvertreter ebenso wie der Bundesvorstand der Jungdemokraten zu Warnstreiks aufgerufen. Einzelne Betriebsräte hatten sogar den Deutschen Gewerkschaftsbund aufgefordert, bei einem Sturz der sozialliberalen Regierung den Generalstreik zu proklamieren.

Das alles verhieß nichts Gutes, falls Barzel es schaffte. Viele in der Union, auch in der Fraktion, hofften daher an diesem Morgen insgeheim, sein Vorhaben werde scheitern, weil es in jedem Falle kein gutes Ende nehmen werde – für die CDU/CSU wie für unser Land.



Koalitionspartner Scheel: Grenzenlose Freude

Am Morgen, vor der Sitzung, hatte sich Brandt überlegt, ob er überhaupt das Wort ergreifen sollte; er tat es dann doch. Alles schien verloren, jedes Wort schien überflüssig, wengleich Brandt, trotzig wie ein Junge im dunklen Wald, sich Mut zu machen, den Seinen Zuversicht zu vermitteln suchte: „Ich bin davon überzeugt: Wir werden nach der heutigen Abstimmung weiterregieren.“

Dann die Abstimmung. Von der Union fehlte keiner. Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, aber auch der Sozialdemokrat Hans Lemp wurden im Rollstuhl zur Wahlurne geschoben. Aus der FDP-Fraktion gaben neben Kienbaum und Kühlmann-Stumm nur „sichere“ Abgeordnete wie Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher und Karl Moersch ihre Stimme ab.

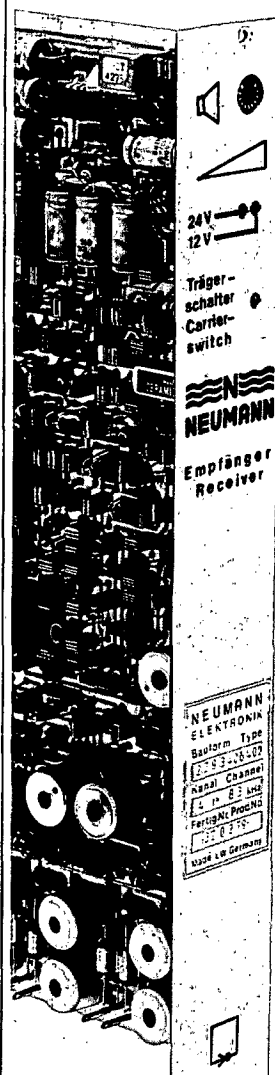
Während ausgezählt wurde, wartete Rainer Barzel zusammen mit Paul Mikat, der mit ihm ins Kanzleramt gehen sollte, in einem Nebenraum, wo sie Willi Weyer aufspürte, der zum gelungenen Machtwechsel gratulierte. Auch Willy Brandt hatte den Plenarsaal verlassen. Walter Scheel wartete mit Frau Mildred und Rut Brandt unten im Restaurant.

Dorthin kam ihm eilig Sepp Woelker nachgelaufen, sein persönlicher Referent, der schon von ferne aufgeregt mit der Hand fuchtelte und winkte, zwei Finger in die Luft hielt. „Na ja“, dachte Scheel zunächst und sagte es, „das ist eben deren Mehrheit.“ Aber Woelker schien sehr bewegt, und als er näher kam, rief er, es sei schiefgegangen – für die anderen. Die Verblüffung war ungeheuer, dann die Freude grenzenlos.

Im Plenarsaal hatte inzwischen Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel das genaue Ergebnis bekanntgegeben: 247 Abgeordnete hatten für Barzel gestimmt, zehn gegen ihn, drei hatten sich der Stimme enthalten. Damit hatte Barzel die absolute Mehrheit um zwei Stimmen verfehlt. Sein konstruktives Mißtrauensvotum war gescheitert. Da Kienbaum und Kühlmann, wie sie vorher angekündigt hatten und später versicherten, für Barzel eingetreten waren, mußte es mindestens zwei, vielleicht sogar drei Enthaltungen oder Gegenstimmen aus Barzels eigenen Reihen gegeben haben.

Barzel schüttelte nach der Auszählung den Kopf. Hätte er mit diesem Ergebnis rechnen müssen? Hätte er damit rechnen können? Er hatte doch, fand er, nüchtern kalkuliert. Vielleicht aber ohne Instinkt. Er war ja immer wesentlich ein Manager der Macht: War er möglicherweise nicht mißtrauisch genug gewesen? Schließlich hatten ihn alle in seinem Vorhaben bestärkt, auch bittere Konkurrenten, etwa Franz Josef Strauß und Helmut Kohl. Wie auch immer: Nur der Erfolg hat viele Väter.

In seinem Erinnerungsbuch „Auf dem Drahtseil“ schrieb Barzel mit dem ihm eigenen papiernen Pathos, geheimnisvoll raunend, Jahre danach im Rückblick: „Da war nichts Flüchtigtes zufällig oder unbedacht geschehen. Von keiner Seite. Da war ein anderer Wille am Werk. Eine andere Überzeugung. Es war ja auch



TF-Systeme – das sind komplett neu entwickelte Geräte zur verzerrungsfreien Kommunikation über Starkstromleitungen. Notwendig z.B. zwischen Kran und Bodenstation oder in Aufzügen. Durch konsequenten Einsatz modernster Elektronik können nicht nur Sprache und Daten einwandfrei übertragen werden. Auch Musik in Reisezügen z.B. unter Ausnutzung der Heizleitungen. Ein vielfältig einsetzbares System, eine richtungsweisende Entwicklung.



Hannover Messe '82
Besuchen Sie uns bitte
in Halle 11 · EG · Stand 351

NEUMANN
ELEKTRONIK

Bülowstr. 104-110 · 4330 Mülheim a.d. Ruhr 1
Telefon: (02 08) 42 00 71 · Telex: 08 56 823

„Ich habe neulich mit Genscher gesprochen“

Wie Rüdiger von Wechmar in Bonn Staatssekretär wurde

Über Rüdiger von Wechmars langfristiges Konzept, für die FDP Karriere zu machen und vom Stellvertreter zum Regierungssprecher im Rang eines Staatssekretärs aufzurücken, geben seine von Baring veröffentlichten Briefe an Walter Scheel Auskunft. Wechmar, 1969 noch parteilos, machte sich seit Dezember 1971 Hoffnungen, seinem Chef Conrad Ahlers (SPD) in der Leitung des Presseamtes nachzufolgen. Am 23. Dezember 1971 schrieb er an Scheel:

„... Bei der Neubildung der Koalitionsregierung SPD/FDP nach den Wahlen 1973 wird vielleicht darüber entschieden werden müssen, wer die Nachfolge eines dann möglicherweise als SPD-Abgeordneter in den Bundestag einziehenden Staatssekretärs Ahlers antritt. Nach Lage der Dinge wird die SPD Anspruch auf diese Position anmelden, falls Conny Ahlers nicht in seinem Amt bleibt.

Aus Presseveröffentlichungen ist mir bekannt geworden, daß sich – zumindest derzeit – Günter Gaus zu jenem Kreis von Kandidaten zählt, die vom Bundeskanzler in die engere Wahl gezogen würden. Das Bild mag sich bis zum Herbst 73 noch ändern, denn auch andere halten sich für berufen.

Da ich nicht davon ausgehen kann, daß unsere Partei mit Aussicht auf Erfolg Anspruch auf die Position des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erheben kann, wird rechtzeitig die Frage beantwortet werden müssen, wen die FDP 1973 für die gegenwärtig von mir wahrgenommene Funktion vorschlägt.

Für den Fall, daß Sie die Absicht haben sollten, mich erneut für dieses Amt vorzuschlagen, werden Sie Verständnis für die Bemerkung haben, daß ein nützliches Wirken nur dann gesichert ist, wenn Chef und Stellvertreter im Bundespresseamt (BPA) sich verstehen. Bei Gaus müßte ich dies für mich beispielsweise in Frage stellen, zumal die Erfahrungen des SPIEGEL gewisse Zweifel an seinen Fähigkeiten erlauben, einen großen Apparat zu führen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Rüdiger von Wechmar“

Als sich Scheel auf dieses Schreiben hin wochenlang nicht gemeldet hatte, wandte sich Wechmar am 2. Februar 1972 nochmals in seinen Angelegenheiten an den Außenminister:

„Lieber Herr Scheel,

das in meinem Brief vom 23. Dezember 1971 angeregte Gespräch ist leider noch nicht zustande gekommen. Statt dessen mehrte sich von Woche zu Woche



Staatssekretär von Wechmar 1972: „Mit keinem kann ich zusammenarbeiten“

die Zahl derer, die als selbsternannte Kandidaten 1973 die Nachfolge von Conny Ahlers anstreben. Zu Gaus gesellten sich inzwischen Feddersen, Bölling und Harpprecht.

Ich vermag nicht zu beurteilen, ob irgendeiner dieser Genannten eine wirkliche Chance als Bewerber hat. Ich will mich auch nicht dazu äußern, inwieweit ich sie für geeignet halte. Allerdings kann ich für mich verbindlich erklären, daß es mir mit jedem der bisher Genannten schwerfallen würde, gedeihlich zusammenzuarbeiten.

Mir wäre auch deshalb daran gelegen, wenn sich bald ein Gespräch darüber führen ließe, wann und wo ich im Bereich des Auswärtigen Dienstes nach Ablauf dieser Legislaturperiode eine Wiederverwendung finden könnte. Ich verrate Ihnen sicher kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß mich die Botschaften in London oder Rom ebenso interessieren würden wie die in Washington oder Wien.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Rüdiger von Wechmar“

Diesmal reagierte Scheel sofort. Zwei Tage später traf er mit Wechmar zusammen, der das Ergebnis der Unterredung in einem Vermerk festhielt:

„... wenn Staatssekretär Ahlers seine Tätigkeit im BPA (1973) nicht fortsetzt, wird die FDP bei Koalitionsverhandlungen Anspruch auf die Leitung des Bundespresseamtes anmelden... Sollte die SPD auf diesen Stuhl Anspruch erheben, und sollte die Besetzung mit einem der bisher in der Presse genannten ‚Kandidaten‘ vorgenommen werden, so würde Herr von Wechmar

nach Ablauf der Legislaturperiode in den Auswärtigen Dienst zurückkehren“.

Noch am Tag der auf 1972 vorgezogenen Bundestagswahl wandte sich Rüdiger von Wechmar an Walter Scheel, mit dem ihn inzwischen ein zunehmend herzliches Verhältnis verband (wie die Unterschrift mit dem Spitznamen „Dodel“ zeigt), und schrieb ihm einen dreieinhalb Seiten langen Brief:

„Bonn, den 19. Nov. 1972

Lieber Herr Scheel,

mit der Neubildung der Bundesregierung stellt sich auch die Frage, wer künftig das Presse- und Informationsamt leitet. Dafür werden an der politischen Börse in Bonn zur Zeit folgende Alternativen behandelt:

Conny Ahlers hofft, daß er die Unterstützung des Bundeskanzlers und des FDP-Vorsitzenden für seine Absicht findet, dem BPA auch weiterhin – künftig als Parlamentarischer Staatssekretär – vorzustehen.

Nach meiner Kenntnis gibt es sowohl im Bundeskanzleramt (Ehmke, Bahr) als auch in der ‚Baracke‘ und an der Spitze der SPD-Fraktion Widerstand gegen eine Rückkehr von Ahlers in das BPA. Ob dies ausreicht, um den Bundeskanzler zu einer negativen Entscheidung betreffend Ahlers zu bewegen, kann ich nicht beurteilen. Viel wird deswegen von Ihrem Votum abhängen.

Zu den zum Teil selbsternannten Kandidaten für die Nachfolge von Conny gehören – in alphabetischer Reihenfolge –

Klaus Bölling, Jens Feddersen
Günter Gaus, Klaus Harpprecht.

Bölling und Harpprecht sind nicht mehr als Zählkandidaten; Gaus soll das

Ohr des Kanzlers haben, Feddersen rechnet mit der Unterstützung eines Teils der „Baracke“ und anscheinend auch mit Ihrer Zustimmung.

Über die Qualitäten von Gaus haben wir schon gesprochen. Von den genannten vier Aspiranten ist Feddersen sicher der beste. Wenn ich jedoch den Kreis dieser vier um den fünften Kandidaten Ahlers erweitere, würde ich sofort ihm den Zuschlag geben.

Wir alle kennen seine Fehler, aber wir alle kennen auch seine Qualitäten, insbesondere das große Vertrauen, das ihm die Presse im In- und Ausland (trotzdem) entgegenbringt. Mit diesem Pfunde sollte die Regierung wuchern und sich nicht in unter Umständen unberechenbare Experimente einlassen.

Ich habe neulich mit Hans-Dietrich Genscher darüber gesprochen, um seine Meinung zur Fortsetzung des Teams Ahlers/Wechmar zu hören und dabei den Eindruck gewonnen, daß er eine andere Lösung befürworten würde: daß nämlich die FDP Anspruch auf den ersten Platz im Presseamt erhebt. Dies würde allerdings bedeuten, daß FDP-Forderungen für andere Positionen innerhalb der Bundesregierung unberücksichtigt bleiben, weil die BPA-Stelle vermutlich angerechnet werden würde. Hinzu kommt, daß die pressepolitische Wirkungsmöglichkeit des zweiten Mannes ebenso groß ist wie der Nr. Eins.

Die Besetzung der Leitung des BPA durch einen Vertreter der FDP könnte sachlich zu Reibungen mit den Sozialdemokraten führen, es sei denn, daß vorher schriftliche Fixierungen erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dodel“

Dazu Barnig: „Außerordentlich geschickt, nur indirekt, wie man sieht, brachte sich Rüdiger von Wechmar hier in Erinnerung. Er verwies auf Hans-Dietrich Genscher als Urheber eines Gedankens, den er selbst seit vielen Monaten erwogen und angeregt hatte – nämlich die Spitze des Bundespresseamtes für die FDP zu fordern –, ließ seinen Namen ganz aus dem Spiel und stellte die eigene Anregung sofort wieder selbst in Frage.“

Er wollte nicht nur Staatssekretär und Chef dieses Amtes werden, sondern die eigene Macht und die seiner Partei dort ausbauen und befestigen. Daher drang er auf „schriftliche Fixierungen“, also ausdrückliche Kompetenzabgrenzungen, ausformulierte Einflußverzichte der Sozialdemokraten. Das war ziemlich kühn. Es ging, wenn man die bisherige lässige Übung im Auge hatte, erstaunlich weit und verriet ein beträchtlich gewachsenes Selbstbewußtsein der Liberalen.

Die FDP reagierte rasch. Noch in der Wahlnacht brachte sie Rüdiger von Wechmar als Nachfolger von Conrad Ahlers in die Diskussion.

kein Spiel. Es ging um Deutschland, auch um den Vertrag mit Moskau. Drei Männer und Frauen hatten Geschichte gemacht. Ein seit langem gefaßter Entschluß und ein wohlberechneter Plan waren – gescheitert.“

Das Drahtseil, auf das sich Barzel mit dem Mißtrauensvotum begeben hatte, war gerissen. Er selbst sagte, im Vertrauen, später: Dieser Tag, dieses Ergebnis, sei sein Ende als Oppositionsführer gewesen. Drei Männer und Frauen (wieso eigentlich gerade drei?) hatten also, Barzel zufolge, Geschichte gemacht. Wer waren sie?

Einer erklärte sich später selbst: Wilhelm Helms war von der Rede Walter

württembergische Landesliste der CDU in den Bundestag gekommen, und zwar auf einem Platz, dem die Partei eigentlich keine Chancen mehr eingeräumt hatte: mithin also eher durch Zufall.

Für seine Partei saß er im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, sagte dort jedoch drei Jahre lang nichts, was irgend jemandem aufgefallen wäre. Er stand häufig unter Alkohol, trank, weil er krank war und Schmerzen hatte. Seine Zukunft, auch die finanzielle, war ungewiß. Vorgezogene Neuwahlen, Wahlen überhaupt, schreckten ihn. Es konnte für ihn, der jetzt immerhin bereits 47 Jahre zählte, nur schlechter werden. Ein sicherer Posten, etwa als Stadtrat irgendwo,

war für ihn nicht in Sicht. Und in der Wirtschaft gab es längst Jüngere, Leistungsfähigere als ihn. Was also sollte aus ihm werden?

So verkaufte er das wenige, was er noch besaß: sich selbst, seine Stimme. Für Geld – wenig genug – votierte er beim Mißtrauensantrag, wie er später zugab, gegen Barzel. Er beschuldigte sich öffentlich, dafür von Karl Wienand, dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer (der aus anderen Gründen im Dezember 1974 den Bundestag verlassen mußte), 50 000 DM erhalten zu haben. Das wurde natürlich bestritten.

Horst Ehmke, zu jener Zeit Minister und Chef des Kanzleramtes, berichtete Jahre danach, Steiner sei damals in Bonn herumgelaufen und habe sich überall angeboten; jeder habe ihn kaufen können. Er, Ehmke, habe seinen Freunden

gesagt, man solle die Finger von diesem Manne lassen. In der „Zeit“ wurde am 3. August 1973 anonym gefragt, ob „Jule“ Steiner wohl ein ferngesteuerter Agent gewesen sei. Ein „Fachmann“ wagte die Hypothese, die 50 000 DM für ihn seien aus östlichen Tresoren gekommen. Doch welcher Geheimdienst konnte an einem so beschränkten, durch Krankheit geschwächten Geist ein Interesse haben?

Die Erklärung war viel einfacher, lag sozusagen auf der Hand. Durfte die Koalition irgendeinen Weg außer acht lassen, der geeignet schien, die Regierung und ihre Verträge zu sichern – zumal wenn sie die Opposition bereits auf eben diesem Weg wandeln sah, um das Gegenteil zu erreichen? Man muß



Sozialdemokrat Wienand, Chef

„Nein, nein, dies war schmutzig“

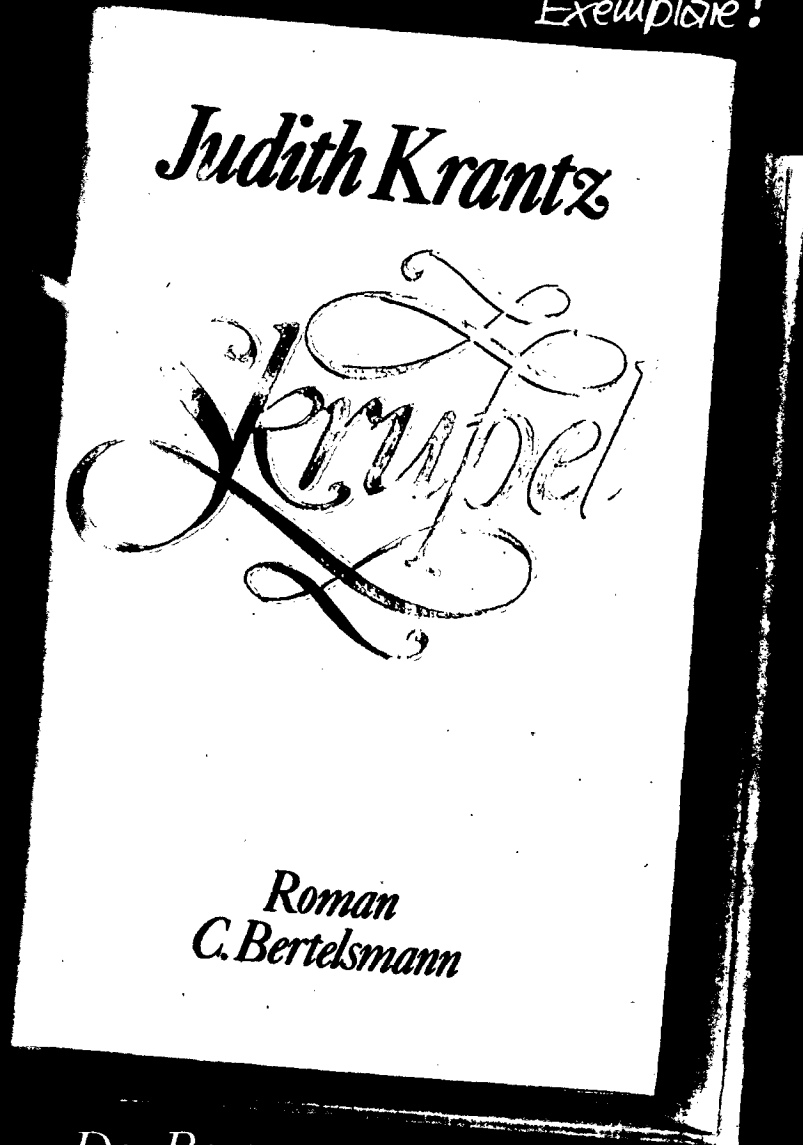
Scheels so beeindruckt, daß er sich spontan entschloß, sein Barzel gegebenes Wort zu brechen und sich statt dessen der Stimme zu enthalten.

Die beiden anderen Stimmen, die Barzel bei der Abrechnung fehlten, kamen aus der Union. Wenn sie für ihn abgegeben worden wären, hätte es auch ohne Helms noch zur Kanzlerschaft gereicht.

Einer der beiden Unionsabgeordneten, die nicht für Barzel stimmten, war Julius Steiner, ein gebürtiger Stuttgarter und schwäbischer Katholik, der nach dem Kriege zunächst Philosophie, Theologie und Geschichte studiert hatte, bevor er 1958 mit mäßigem Erfolg als Referent in die freie Wirtschaft gegangen war. 1969 war er über die baden-

*Der beispiellose Welterfolg
einer großen Erzählerin,
»unter deren Händen das Alltägliche
geheimnisvoll, buntschillernd
und märchenhaft
wird«.* (Vogue)

*Weltauflage
über 8 Millionen
Exemplare!*



*Der Roman um
den sagenhaften Aufstieg einer Frau,
die wagte, alles zu begehren,
und die alles bekam,
was sie sich wünschte.*

*512 Seiten
DM 34,-*

*Jetzt überall
im Buchhandel.*

sich in die damalige Lage zurückversetzen, die gespannt bis zum äußersten war, voller Mißtrauen aller gegen alle, das ganze Bundeshaus eine Gerüchteküche, ein Hexenkessel, brodelnd, überkochend – eine Ausnahmesituation, in der normale Maßstäbe nicht mehr galten. Und zwischen den beiden Heerhaufen die unübersichtliche Grauzone Zaudernder, auch Käuflicher, und das zu einer Zeit, in der jede gewinnbare Stimme entscheidend wichtig war! Auf beiden Seiten, in beiden Richtungen.

Gelegentlich wurde später bierselig zugegeben, daß natürlich gezahlt worden sei; mit 50 000 DM sei man doch, bei diesem Risiko, noch billig davongekommen. Oder jemand erregte sich, anfangs nur hinter verschlossenen Läden und Türen: Natürlich habe man einige „von denen“ gekauft! Aber man sei dabei tapsig-unklug zu Werke gegangen; so etwas müsse man leiser spielen. Die anderen könnten das eben besser; niemand habe, beispielsweise beim Bauern Helms, etwas rascheln hören.

Karl Wienand, der es eigentlich wissen muß, hat dem amerikanischen Journalisten David Binder berichtet, die CDU/CSU habe fünf Parlamentarier der Koalitionsparteien zu Überläufern gemacht. Sie habe also an sich eine komfortable Mehrheit von 252 Stimmen besessen. Jedoch sei es anschließend ihm, Wienand, gelungen, einen dieser fünf Abtrünnigen zurückzuholen und zusätzlich vier Unionsabgeordnete heimlich für das SPD/FDP-Lager anzuwerben. Daher habe Barzel im entscheidenden Moment nur 247 Stimmen erhalten.

Inzwischen kann man mit größerer Unbefangenheit, also sogar öffentlich über diese heiklen Transaktionen reden. Am 5. Januar 1980 antwortete, Herbert Wehner in einer Sendung der NDR-Fernsehreihe „Zeugen der Zeit“ auf die Feststellung, noch heute sei die Annahme zutreffend, daß damals beim Mißtrauensvotum vieles nicht mit rechten Dingen zugegangen sei:

Was sind rechte Dinge? Daß man Leute bezahlt, nicht? Wie das gemacht worden ist? Es gibt doch heute Leute; ich könnte sie aufzählen. Ich denke nicht daran, weil dann die besondere Seite unserer Demokratie zum Vorschein kommt; dann werde ich fortgesetzt vor Gericht geschleppt. Ich kann ja nicht mal das verwenden, was ich damals von Anverwandten solcher Leute bekommen habe: ein ganzer Stapel von Sachen. Nein, nein, dies war schmutzig, und das mußte man wissen. Ein Fraktionsvorsitzender muß wissen, was geschieht und was versucht wird, um einer Regierung den Boden unter den Füßen zu entziehen. Die Regierung selber muß das alles gar nicht wissen.

In aller Offenheit gab Wehner bei dieser Gelegenheit zu, daß man selbst angesichts der zerbröckelnden Mehrheit zu genau den gleichen Mitteln habe greifen müssen: „Ich . . . habe immer gewußt: Das wird sehr schwer. Und einer muß der Dumme sein, und das war immer ich . . . Ich kenne zwei Leute, die

das wirklich bewerkstelligt haben. Der eine bin ich, der andere ist nicht mehr im Parlament.“

Der eine war also Wehner, der andere Wienand.

Wer außer Steiner aus der CDU/CSU Barzel die Stimme verweigerte, ist bis heute nicht sicher. Ins Zwielicht geriet vorübergehend und zu Unrecht Ernst Majonica, seit vielen Jahren einer der außenpolitischen Experten der Unionsfraktion und mit verschiedenen Büchern über Probleme, Grenzen und Möglichkeiten deutscher Außenpolitik auch publizistisch hervorgetreten, von 1959 bis 1969 Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises seiner Bundestagsfraktion.

Die Lösung glaubte 1978 der SPIEGEL endlich gefunden zu haben. In seiner Ausgabe vom 29. Mai nannte er unter Berufung auf Bonner Unionskreise den Namen Ingeborg Geisendörfer. Die 1907 in Dillingen an der Donau geborene Hausfrau und ehemalige Lehrerin, evangelisch, seit 1940 verheiratet mit dem Pfarrer Robert Geisendörfer, CSU-Mitglied, auch ihrerseits kirchlich engagiert, hatte 1965 die EKD-Denkschrift „Über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, diesen wichtigen, öffentlich wirksamen Anstoß für eine wirklichkeitsbezogene Ostpolitik, für erforderlich und zeitgemäß gehalten und daher unterstützt. Von 1953 bis 1972, also fast zwanzig Jahre lang, war Frau Geisendörfer Mitglied des Bundestages gewesen.

★

Brandts Erscheinungsbild verblaßte. Die Öffentlichkeit begann sich von ihm abzuwenden. Er interessierte sie nicht mehr, ja er langweilte; öffentliche Figuren sterben schnell in diesen beweglichen, neugierigen, treulosen Zeiten. „Er war der Bundeskanzler – und doch politisch schon praktisch tot“, sagte Günter Gaus später im Rückblick auf diese Phase.

Gaus war seit April 1973 nicht mehr Chefredakteur des SPIEGEL, sondern, seit Juni, Staatssekretär im Kanzleramt; dort bereitete er sich auf seine künftige Ost-Berliner Position als erster Ständiger Vertreter der Bundesrepublik beim zweiten deutschen Staat vor, die er allerdings mit einer fortdauernden Ratgeber-, ja Führungsrolle an der Seite des Kanzlers zu verbinden gedachte.

Als Brandt am 15. September 1973 eine (von Gaus verfaßte) Rede zum 100. Geburtstag von Otto Wels hielt, hatte niemand in der Presse mehr ein Interesse daran, sie abzudrucken, obwohl das Thema „SPD und Staat“ doch aktuell und bedeutsam war. Gaus rief alle wichtigen Kollegen an: Theo Sommer von der „Zeit“, Hans Heigert von der „Süddeutschen Zeitung“, mehrere andere. Keiner wollte. Brandt war „vollkommen out“. Ein erstaunlicher, letztlich unerklärli-



BOSS

Die Konsequenz in der Herrenmode.
Anzüge, Sakkos, Hosen, Mäntel, Hemden

Aus reiner Schurwolle,
in Wollsiegel-Qualität.



Reine Schurwolle.

cher Vorgang. Denn es ist ja nur ein Bild und keine Deutung, wenn man sagt, nach der früheren Verehrung und Überhöhung sei nun das Pendel in die umgekehrte Richtung gegangen.

Wie auch immer: in Bonn fand man damals allgemein, daß Brandts Führungskraft sehr zu wünschen übriglasse. Bei den Haushaltsberatungen, die nach der Sommerpause begannen, besaß er augenscheinlich keinen rechten Überblick. Im Kabinett fand man überdies, daß der Kanzler die Sitzungen nicht mehr zügig zu leiten vermochte, sie gerieten ins Uferlose. Manchmal war die Situation kaum noch erträglich.

Josef Ertl, der massive Landwirtschaftsminister, redete, nicht als einziger, endlos und drohte obendrein dabei immer wieder an, er gehe nun demnächst – so daß selbst der umgängliche Hans

mäßig, daß sich diese Regierung nach einem anderen Sprecher umsieht.

Es soll nicht der Sinn dieser Aufzeichnung sein, Drohungen auszusprechen, wohl aber auf gravierende Umstände aufmerksam zu machen, die so rasch wie möglich geändert werden müssen. Ich wende mich in dieser Sache an den ehemaligen journalistischen Kollegen, weil ich mir vorstellen kann, daß der Chef des Bundeskanzleramtes für die Informationstechnik nicht aufgeschlossen ist. In jedem Fall zeigt er, daß er dafür sehr viel weniger Sinn hat als sein Amtsvorgänger.

Sollte die bisherige Praxis allerdings beibehalten und kein Anzeichen einer verbesserten Unterrichtung der Regierungssprecher sichtbar werden, muß ich in allem Ernst darauf aufmerksam machen, daß ich mit genau dieser Begründung und unter Hinweis auf konkrete Beispiele um Entbindung von meinem Posten bitten werde. Ein Regierungssprecher ist genauso gut wie die Informationen, über die er

Den engsten Kreis um den Kanzler bildeten Bahr, Gaus und Harpprecht. Während Bahr Minister und Gaus Staatssekretär war, hatte Harpprecht nur einen Honorarvertrag und leitete formal Brandts „Schreibstube“. Aber er besaß großen Einfluß, gehörte zu den engsten Ratgebern Brandts, bremste beispielsweise den Aufstieg von Gaus. Zwischen diesen beiden bestand eine beträchtliche Rivalität. Aber auch Bahr stand Harpprecht distanziert gegenüber, fühlte sich Gaus näher.

Mit Grabert hatten sie alle ihre Schwierigkeiten. Er erwies sich als viel machtbewußter und ehrgeiziger, als man ursprünglich erwartet hatte, sah sich auch als ihr Konkurrent, wozu ihm allerdings das Format fehlte, verfügte aber andererseits über die Akten und konnte deshalb nicht umgangen werden.



CDU/CSU-Abgeordnete Ingeborg Geisendorfer, Steiner: Wer stimmte gegen Barzel?

Friderichs, der immerhin der gleichen Partei angehörte, schließlich meinte, irgendeines dieser Rücktrittsangebote müsse angenommen werden, um die Disziplin im Kabinett wieder herzustellen. Besonders böse Kontroversen gab es mit Helmut Schmidt, der wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlug und in scharfem Ton vom Kanzler verlangte, daß endlich regiert werden müsse.

Doch Brandt reagierte nicht. Er wirkte ausgelaugt, schwach, manchmal geradezu hilflos. Er igelte sich ein, schwiegte sich aus. Die Informationsbarrieren und Kommunikationsstörungen, mit denen selbst der Chef des Bundespresseamtes zu kämpfen hatte, ließen Rüdiger von Wechmar an seinen Rücktritt denken, den er am 13. September 1973 dem Regierungschef schriftlich ankündigte.

Sollte im Regierungssprecher lediglich eine Art gehobener Chef vom Dienst gesehen werden, so erscheint es mir zweck-

verfügt – wenn er keine hat, braucht er erst gar nicht anzutreten.

Als Wechmar am Tag darauf Scheel eine Kopie dieser Aufzeichnung schickte, schrieb er ihm: „Ich möchte in diesem Zusammenhang – noch – nicht untersuchen, ob das Verhalten einer Reihe von Mitarbeitern im Kanzleramt vielleicht parteipolitische Gründe hat.“

Natürlich wuchs die Bedeutung der Umgebung Brandts in dem Maß, in dem er selbst sich in resignierte Passivität zurückzog. Wer gehörte dazu? Außer Egon Bahr, Günter Gaus und Klaus Harpprecht, in einem weiteren Sinne auch Karl Ravens, Rüdiger von Wechmar und Horst Grabert. Alle Genannten waren eifersüchtig aufeinander. Das kann niemanden überraschen, es ist nämlich an allen Höfen so. Jeder versuchte, die anderen in der Gunst des Herrschers auszusteichen. Auch dies ist nichts Ungewöhnliches.

Vom Typ her als besonders charakteristisch und problematisch galt Harpprecht; Menschenkenntnis hatte noch nie als Brandts besondere Stärke gegolten. Was war an Harpprecht auszusetzen, einem vorzüglichen Journalisten, einem früh im Leben erfolgreichen Mann? Konnte man ihn als seriös ansehen? War er nicht ein rechter Snob, obendrein ein mehrfach schon gescheiterter, dessen Auftreten und Gebaren dem Kanzler schadeten? Ein Wichtigtuer und Aufschneider, wenn er sich selber auf eigenen Briefbogen als „Special Consultant to Chancellor Willy Brandt“ bezeichnete?

Mit Brandt, dessen lockere Neigung zu Frauen er teilte, war der dreizehn Jahre jüngere Harpprecht seit langem bekannt, neuerdings befreundet; sie duzten sich. Beiden hatte man schon in ihrer Jugend eine große Zukunft vorausgesagt. Harpprecht, seit 1951 immer wie-



Brandt-Berater Harpprecht
Ein glänzend erfolgloser

der mit wichtigen journalistischen und verlegerischen Positionen betraut, in denen er aber letztlich unerwartet erfolglos geblieben war, hatte öfter abrupt das Feld wechseln müssen, was erstaunlicherweise jedesmal neu gelang. Dennoch hing ihm inzwischen der Geruch des glänzend Erfolgtlosen an. Ja, mehr als das: Riß er nicht manchmal die Unternehmungen, die man ihm anvertraut hatte, mit in die Tiefe?

Was mußte das für ein seltsamer Regierungschef sein, der solche Schickleria an seiner Seite ertrug, ja sie vielleicht suchte? War Brandt am Ende selbst ein Beispiel jener Zeittendenz, die Erwin K. Scheuch als „den Einbruch der Bohemiens in die Politik“ bezeichnet hat, jener Leute, die man in den USA „trendies“ nannte, und zu denen etwa der Kanadier Pierre Trudeau, der Däne Jens Otto Krag, der Schwede Olof Palme, der Niederländer Joop den Uyl, vielleicht sogar Edward Heath und Valéry Giscard d'Estaing gerechnet werden könnten – übrigens zum Teil, man denke nur an Heath, bedeutende Männer, Politiker ungewöhnlichen Formats.

Selbst im täglichen Ablauf der Geschäfte hatte Brandt mit seinen Leuten wenig Glück. Sie arbeiteten lieber gegeneinander als für ihn, obwohl er ihnen immer wieder geduldig zuredete, sich doch zu vertragen.

Ehe er am 26. September 1973 als erster deutscher Kanzler vor dem Plenum der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Rede hielt, auf die er sich seit langem freute, die etwas Herausragendes, Erinnerungswürdiges werden sollte, hatte er wochenlang mit den anderen die Grundgedanken besprochen.

Und was kam am Ende dabei heraus? Daß er zwei Tage vor der Abreise dann doch allein und trist nachts an seinem

Schreibtisch im Kanzleramt saß und das versuchte, was seine Mitarbeiter nicht zustande gebracht hatten, nämlich aus den verschiedenen Entwürfen, die mehr den zähen Wettkampf der Ghostwriter untereinander (diesmal vor allem Harpprechts, Bahrs und Epplers) widerspiegeln als den rhetorischen Reichtum seiner Umgebung, einen eigenen Text zusammenzuklauben.

Brandt brachte, wie man sich denken kann, zu so später Stunde nichts zustande, was seinen hohen Erwartungen entsprochen hätte. Die Rede wurde über weite Strecken sehr allgemein, blieb



Brandt-Berater Gaus
„Das Ohr des Kanzlers“

manchmal nichtssagend. Doch ihr Schluß war interessant, weil er wie eine Aufforderung Brandts an sich selbst klang, allen Mißhelligkeiten zum Trotz mutig zu sein, nicht zu verzagen. Die Menschheit, hieß es da, dürfe sich nicht von der scheinbaren Unlösbarkeit ihrer riesigen, komplizierten Probleme lähmen lassen. „Was wir jetzt brauchen, ist ein Programm des neuen Mutes der Menschen zu ihren eigenen Fähigkeiten.“

Ein Schlüsselsatz zum Verständnis Brandts 1973? Fast klang es so, obwohl sich diese Worte natürlich auf die aktuelle Weltpolitik bezogen: auf Probleme der Friedenssicherung, der Geltung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, auf Kolonialismus, Rassismus, Terrorismus, auf den Kampf gegen den Hunger, das Bemühen um wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Umweltschutz und Erhaltung der Lebensqualität sowie auf die Rolle der Vereinten Nationen bei alledem.

Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft, sagte Brandt, habe die Uno möglich gemacht, der Hang des Menschen zur Unvernunft machte sie notwendig. Der Sieg der Vernunft werde es sein,

wenn eines Tages alle Staaten und Regionen in einer Weltnachbarschaft zusammen lebten und zusammen arbeiteten.

Doch dann fuhr der Kanzler in einer für ihn sehr charakteristischen Wendung fort: „Ich werde das nicht mehr erleben. Aber ich möchte dazu noch beitragen. Und ich bitte um jede mögliche Unterstützung, die wir – im Sinne der kleinen Schritte – den uns Nachfolgenden gewähren können.“

Was Willy Brandt da am Schluß seiner Rede vor der UN-Generalversammlung sagte, ließ sich auch auf seine Lage zu Hause in jenem Herbst beziehen: Die Entschlossenheit, weiterzumachen, vorwärts zu gehen, und sei es mit ganz kleinen Schritten; die Bitte um jede mögliche Unterstützung; die fürsorglichen Gedanken an spätere, nachfolgende Generationen; die melancholische Ahnung des eigenen Endes.

Nun war Brandt also in den USA, am Sitz der Weltorganisation, auf der gro-



Brandt-Berater Ehmke
Keine Disziplin im Kabinett

ßen Bühne, der eigentlich angemessenen Ebene, endlich den unaufhörlichen Kalamitäten, Quengeleien und Kleinkariertheiten der westdeutschen Innenpolitik entronnen. Am Tag nach seiner Rede flog er nach Aspen im amerikanischen Bundesstaat Colorado, wo er im renommierten Aspen Institute for Humanistic Studies einen mit 10 000 Dollar dotierten Preis entgegennehmen sollte, der bislang erst einmal – im Februar 1971 an Jean Monnet, den Baumeister Europas – vergeben worden war.

Im nächsten Heft

Moralist Wehner gegen Leichtfuß Brandt – Schmidt arrangiert sich mit Wehner – Entscheidung in Münsterfeld